

In der Senatssitzung am 9. November 2021 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Wissenschaft und Häfen

26.10.2021

Frage L 3

Vorlage für die Sitzung des Senats am 9. November 2021

„Errungenschaften, Weiterentwicklung und Wirksamkeit der hochschulübergreifenden Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Wie bewertet der Senat die Errungenschaften und Wirksamkeit der hochschulübergreifenden AG Nachhaltigkeit, an der derzeit primär die Hochschulleitungen und das Wissenschaftsressort beteiligt waren?
2. Was steht nach Ansicht des Senats der Aufnahme der außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie weiterer Interessenvertretungen (Klimaschutzmanager:innen, Students for future, Scientist for future, Gleichstellungsbeauftragte o.Ä.) in die AG entgegen bzw. wann soll die Erweiterung der AG in Angriff genommen werden?
3. Wie bewertet der Senat die Forderung, weitere Themen, wie sie nicht zuletzt in einer Anhörung zum Thema Klima- und Umweltschutz an bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit genannt wurden – u.a. verstärkte Weiterbildungsmaßnahmen für Hochschullehrende und weiteres Hochschulpersonal im Bereich Klima und Nachhaltigkeit – in die Bearbeitungsgegenstände der AG aufzunehmen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Im Wissenschaftsplan 2025 ist das Ziel beschrieben, dass - (Zitat Anfang) - „die staatlichen Hochschulen im Land Bremen zukünftig in einer Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des Wissenschaftsressorts den Austausch über ihre Ideen und Aktivitäten zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ intensivieren, ihre verschiedenartigen Aktivitäten im Feld der Nachhaltigkeit noch besser koordinieren und gemeinsame Aktivitäten planen und durchführen werden“ - (Zitat Ende).

Dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit wurde in sei-

ner Sitzung am 22. April 2020 ein umfassender Bericht über die Errungenschaften und Wirksamkeit der hochschulübergreifenden AG Nachhaltigkeit vorgelegt. Den darin dokumentierten Arbeitsstand bewertet der Senat als zufriedenstellend.

Die Hochschulleitungen haben in der Anhörung zum Klimaschutz und Umweltschutz an breimischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit am 22. September 2021 berichtet, dass die hochschulübergreifende AG Nachhaltigkeit unter Organisation der senatorischen Behörde für Wissenschaft seit ihrer Konstituierung im Januar 2018 einige Male getagt hat, es seit Beginn der Pandemie aber keine weiteren Aktivitäten innerhalb der AG mehr gegeben habe.

Dies war unter anderem damit begründet, dass sich die beteiligten Hochschulleitungen prioritär auf die Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen in der pandemischen Sondersituation konzentrieren mussten.

Der Senat begrüßt eine schnellstmögliche Wiederaufnahme der Treffen der AG.

Zu Frage 2:

Vor dem Hintergrund der unter 1.) zitierten Formulierung aus dem Wissenschaftsplan 2025 ist eine Erweiterung der AG um außeruniversitäre Forschungseinrichtungen oder einzelne Interessenvertretungen bisher nicht vorgesehen. Eine Erweiterung der AG könnte themenbezogen für einzelne Sitzungstermine erfolgen, zum Beispiel, wenn Fragen der Forschung oder Fragen der studentischen Beteiligung thematisiert werden.

Zu Frage 3:

Der Senat steht der Anregung, die beispielhaft genannten Themen innerhalb der AG zu beraten, offen gegenüber. Die Senatorin für Wissenschaft und Häfen wird diese Anregung aufgreifen.

C. Alternativen

Keine Alternativen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Finanzielle und personalwirtschaftlichen Auswirkungen ergeben sich durch die Antwort auf die Frage in der Fragestunde nicht.

Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich durch die Antwort auf die Frage in der Fragestunde nicht.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Magistrat der Seestadt Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeit geeignet und soll in das zentrale Informationsregister nach dem Informationsfreiheitsgesetz eingestellt werden.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft und Häfen vom 26.10.2021 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.